



Nr. 4

2. Februar 2017

Inhalt

[Einkommensrunde 2017: Warnstreiks im öffentlichen Dienst+++](#)
[Innenausschuss des Bundestages: dbb betont Bedeutung des Streikverbots für Beamte+++](#)
[Beschäftigte der Stadt Naunhof erkämpfen Tarifvertrag+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[BDZ fordert umfassenden Schutz der Beschäftigten vor Reichsbürgern+++](#)
[VBE zur Schulpolitik: Kein gesundes Verhältnis zwischen Anforderungen und Ausstattung+++](#)
[BImA-Reform: VBOB fordert Gründlichkeit vor Schnelligkeit+++](#)
[GDL fordert Konzentration auf Infrastruktur+++](#)
[DSTG warnt vor Kollaps der Bewertungsstellen+++](#)
[Verkehrsgerichtstag betont Stellenwert der Polizeiarbeit für Verkehrssicherheit+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde 2017: Warnstreiks im öffentlichen Dienst

(dbb) In der Einkommensrunde 2017 für den öffentlichen Dienst der Länder hat der dbb die Beschäftigten zu Warnstreiks aufgerufen, nachdem auch die zweite Verhandlungsrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) am 31. Januar 2017 in Potsdam ohne substantielle Fortschritte beendet wurde. Willi Russ, der für den dbb die Verhandlungen führt, sagte: „Die Gesprächsatmosphäre war von Anfang an sehr konstruktiv, aber das kann uns nicht darüber hinwegtrösten, dass die Arbeitgeber bisher nicht wirklich bereit waren, über ihren Schatten zu springen. Da müssen die Landesbeschäftigten wohl nachhelfen.“

Für die Zeit bis zum Beginn der dritten Verhandlungsrunde am 16. Februar 2017 sei deshalb mit Protestaktionen und Warnstreiks zu rechnen. Russ: „Das wird die Straßenmeistereien genauso betreffen wie Unikliniken, Schulen, die Polizei oder Justizverwaltung. Die Kolleginnen und Kollegen werden sich laut zu Wort melden, um ihren Anteil an der positiven Haushaltsentwicklung der Länder einzufordern.“ Das Verhandlungsergebnis wird am Ende natürlich ein Kompromiss sein, das wüssten auch die Gewerkschafter, so Russ: „Wir werden nicht jede Forderung durchsetzen und wir werden möglicherweise nicht alle strukturellen Probleme schon im Rahmen dieser Runde hier in Potsdam lösen. Aber wir brauchen greifbare Fortschritte und verbindliche Zusagen. Wenn wir die am Verhandlungstisch nicht bekommen, lassen uns die Arbeitgeber keine andere Wahl als den Druck zu erhöhen und den Protest auf die Straße zu bringen.“

Dass es sich dabei nicht um eine leere Drohung handelte, bewiesen am 1. Februar 2017 die Warnstreiks von bundesweit tausenden Beschäftigten. Allein in Mecklenburg-Vorpommerns Landeshauptstadt Schwerin trafen sich 4.000 Landesbeschäftigte, darunter zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer, zu einem Demonstrationzug durch die Landeshauptstadt. Dietmar Knecht, Vorsitzender des dbb mecklenburg-vorpommern, kritisierte bei der Abschlusskundgebung vor dem Finanzministerium die Hinhaltenaktik der Arbeitgeber: „Werft doch endlich diese alten Rituale über Bord und lasst uns konkret werden!“ Dem Argument, die Länder müssten auf ihre Haushaltslage achten, hielt Knecht entgegen: „Seit 2011 erfüllt Mecklenburg-Vorpommern die Kriterien der Schuldenbremse, keine Neuverschuldung seit fast zehn Jahren – das wurde auch mit finanziellen Opfern der Landesbeschäftigten erreicht. Jetzt ist es endlich an der Zeit, ihre Leistungen mit einem anständigen Tarifabschluss wertzuschätzen. Dazu gehört selbstverständlich auch die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Beamtenschaft des Landes.“

Zuvor wurden auch in Hessen – das nicht Mitglied der TdL ist und für das die Landesregierung und der dbb daher separate Gespräche führen – die Verhandlungen nach dem Auftakt am 27. Januar 2017 ergebnislos vertagt. Das Verhalten der verantwortlichen Politiker unterschied sich ebenfalls nicht wesentlich von den TdL-Verhandlungen: „Es ist enttäuschend, dass die Arbeitgeberseite trotz konstruktiver Gespräche nicht wirklich auf unsere Forderungen eingegangen ist“, sagte entsprechend Willi Russ, der auch in Hessen für den dbb die Verhandlungen führt. „Die hessische Landesregierung und insbesondere Innenminister Peter Beuth stehen in der Pflicht. Gegenüber den Beschäftigten, die ein Recht auf Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung haben, und gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die auch in Zukunft verlässliche und qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen möchten.“

Hintergrund:

Von den Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) sind mehr als drei Millionen Beschäftigte betroffen: Eine Million Tarifbeschäftigte der Länder (ohne Hessen, das nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder – TdL – ist), für die der TV-L direkte Auswirkungen hat, sowie 2,2 Millionen Beamte und Versorgungsempfänger in Ländern und Kommunen (ohne Hessen), auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll, um den Gleichklang der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung im öffentlichen Dienst zu gewährleisten.

Der dbb fordert 6 Prozent mehr Einkommen, darin enthalten ein Mindestbetrag als soziale Komponente sowie die Einführung einer Stufe 6 ab Entgeltgruppe 9. Weitere Kernforderungen des dbb sowie alle weiteren Informationen zur Einkommensrunde:

www.dbb.de/einkommensrunde2017
(01/04/17)

Innenausschuss des Bundestages: dbb betont Bedeutung des Streikverbots für Beamte

(dbb) Mitglieder der dbb Bundesleitung haben am 25. Januar 2017 aktuelle Fragen des öffentlichen Dienstes mit Vertretern des Innenausschusses des Deutschen Bundestages besprochen.

Mit Blick auf die ausstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Streikverbot für Beamte betonten die dbb-Vertreter die zentrale Bedeutung dieses Grundsatzes für die Legitimation des Berufsbeamtentums. „Überlegungen, wie sie auch in einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts angeklungen waren, die beamtenrechtlichen Pflichten nach dem jeweils wahrgenommenen Aufgabenbereich zu trennen, lehnt der dbb definitiv ab“, sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra.

Mit Blick auf die beamtenrechtlichen Sicherungssysteme hob die dbb-Delegation - zu der neben Benra die stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden Thomas Eigenthaler und Ulrich Silberbach gehörten - hervor, dass die Sicherung der Versorgungsleistungen essentiell für die Zukunft des Berufsbeamtentums ist.

Alle Gesetzgeber in Bund und Ländern müssten konsequent auf eine zumindest partielle Kapitaldeckung bei der Finanzierung der Beamtenversorgung umsteuern. Benra verlangte auch eine Versachlichung der immer wieder aufkeimenden öffentlichen Debatte über Renten und Pensionen, die überwiegend auf fehlerhaften Darstellungen beruhe.

Benra, Eigenthaler und Silberbach unterstrichen darüber hinaus die Forderung nach Rückführung der Wochenarbeitszeit für Bundesbeamte auf das für Tarifkräfte geltende Niveau. Zwar gebe es im Bundesbereich durch langjährige pauschale Stellenkürzungen Personalengpässe. Diese „politisch verantwortete Mangelsituation“ dürfe den Beschäftigten aber heute nicht als Argument gegen eine Angleichung vorgehalten werden.

(02/04/17)

Beschäftigte der Stadt Naunhof erkämpfen Tarifvertrag

(dbb) Nach monatelanger, harter Auseinandersetzung haben sich die Beschäftigten der Stadt Naunhof einen Tarifvertrag erkämpft. Dem zwischen dbb und Arbeitgeber ausgehandelten Ergebnis stimmten am 26. Januar 2017 sowohl die Beschäftigten in der Urabstimmung mit überwältigender Mehrheit als auch der Stadtrat in seiner Sitzung einstimmig zu. Damit wird der tariflose Zustand in Naunhof endgültig beendet.

„Möglich wurde dieses Ergebnis, weil die gesamte Belegschaft immer solidarisch zusammengehalten hat und mutig für ihre Ziele gekämpft hat“, sagte Willi Russ, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb. Der gefundene Kompromiss mit Zugeständnissen auf allen Seiten sei das Signal für einen Neuanfang in Naunhof und eine neue Kultur der Arbeitnehmerbeteiligung. Die nächsten Schritte seien Formsache: Der Vertrag müsse unterschrieben und umgesetzt werden.

Der dbb hatte sich am 6. Dezember 2016 mit der Arbeitgeberseite grundsätzlich auf einen Tarifvertrag geeinigt, der zu fast 100 Prozent den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) abbildet. Diese Einigung wurden in entsprechende Vertragswerke umgesetzt, die von der dbb Verhandlungskommission geprüft und als abschlussfähig bewertet wurden. In der Zeit vom 23. bis zum 26. Januar 2017 konnten die Beschäftigten über die Annahme abstimmen.

(03/04/17)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BDZ fordert umfassenden Schutz der Beschäftigten vor Reichsbürgern

(dbb) Die Deutsche Zoll und Finanzgewerkschaft (BDZ) hat am 26. Januar 2017 auf die Gefahren durch sogenannte Reichsbürger für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes hingewiesen und deren umfassenden Schutz gefordert. Auch für die Zollverwaltung, insbesondere Vollziehungsbeamte, würden die Reichsbürger zunehmend zum Problem. Vor diesem Hintergrund sei neben

Schutz vor physischer Gewalt eine umfassende Absicherung der Beschäftigten etwa vor Geldendmachung fiktiver Forderungen und Verunglimpfungen im Internet erforderlich.

Die Anhänger der ansonsten heterogenen Reichsbürger-Bewegung stimmten darin überein, dass sie die Existenz der Bundesrepublik nicht anerkennen. Auf dieser Basis bestritten sie die Legitimität des Grundgesetzes sowie der Behörden und Gerichte. Sie würden unter anderem versuchen, die Entrichtung von Kraftfahrzeugsteuer oder sonstiger öffentlicher Forderungen zu verweigern sowie die Rechtskraft von Bußgeld-, Gebühren- oder Steuerbescheiden zu bestreiten. Die Gewaltbereitschaft nehme dabei immer mehr zu. Am 24. Januar hätten etwa Zollfahnder im Rahmen bundesweiter Durchsuchungen 42 illegal im Internet gekaufte Schusswaffen bei Personen sichergestellt, die laut Zollfahndungsamt Frankfurt am Main der rechtsextremen Szene und der Reichsbürgerbewegung zuzurechnen sind.

Weiterhin würden Reichsbürger mit angeblichen Geldforderungen versuchen, Druck auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ausüben, um sie so einzuschüchtern und von ihren Amtshandlungen abzuhalten. So würden zum einen hohe Forderungen oder Schadenersatzansprüche gegenüber Beschäftigten behauptet und teilweise im Wege eines gerichtlichen Mahnverfahrens geltend gemacht. Weiterhin ließen Reichsbürger fiktive Forderungen

im US-amerikanischen Schuldenregister eintragen und versuchten, diese mit der sogenannten „Malta-Masche“ zu vollstrecken. Dabei werden die angeblichen Forderungen an eine oft von den Reichsbürgern selbst gegründete Inkassofirma abgetreten. Diese versucht dann wiederum, sich im Rahmen eines Versäumnisverfahrens vor einem maltesischen Gericht einen Vollstreckungstitel zu verschaffen, der in Europa vollstreckt werden kann. Darüber hinaus häuften sich Fälle des sogenannten „Internetprangers“: Reichsbürger filmen Beamte bei der Ausübung hoheitlicher Tätigkeiten mit dem Handy oder schneiden Telefongespräche mit, um anschließend verunglimpfende Filme im Internet über YouTube oder Facebook zu verbreiten.

Um die Beschäftigten zu schützen, fordert der BDZ ein bundesweites Konzept für Eigenschutz sowie zur Gewährleistung physischer Sicherheit an Arbeitsplätzen mit Publikumsverkehr, die Übernahme von Anwalts- und Gerichtskosten sowohl bei Passivverfahren (zum Beispiel Abwehr von fiktiven Forderungen) und Aktivverfahren (zum Beispiel Klagen auf Löschung verunglimpfender Filme) und konsequente Strafverfolgung bei Nötigungstatbeständen in Schreiben und Veröffentlichungen. (04/04/17)

VBE zur Schulpolitik: Kein gesundes Verhältnis zwischen Anforderungen und Ausstattung

(dbb) Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) hat anlässlich der Übernahme der Präsidentenschaft der Kultusministerkonferenz (KMK) durch die baden-württembergische Kultusministerin Susanne Eisenmann am 30. Januar 2017 auf aktuelle Herausforderungen in der Schulpolitik hingewiesen. Eine aktuelle Umfrage des VBE unter Lehrkräften weist darauf hin, dass „die größte Herausforderung die Aufgabe ist, ein Maximum an Aufgaben mit einem Minimum an Ressourcen zu erreichen. Anforderungen und Ausstattung stehen schon lange in keinem gesunden Verhältnis mehr“, sagte der VBE-Bundevorsitzende Udo Beckmann. „In maroden Schulbauten mit schlechter Ausstattung und zu wenig Personal soll jedes Kind entsprechend der individuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten optimal gefördert werden. Die Politik muss einsehen, dass das nicht funktionieren kann.“

Für die Umfrage seien Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen mit einer offenen Frage danach gefragt worden, was die größten Probleme an ihrer Schule sind. Ein Drittel der Befragten nannte demnach die Umsetzung von Inklusion und Integration, ein Viertel den Lehrermangel, 15 Prozent das Gebäude und 13 Prozent die Ausstattung. Zudem sagen 14 Prozent der Befragten, dass die Arbeitsbelastung

beziehungsweise der Zeitmangel ihnen zu schaffen mache. Weitere 14 Prozent gaben an, dass die Zusammenarbeit mit den Behörden ein Problem sei. Außerdem verweisen 10 Prozent der Lehrkräfte auf die zu großen Klassen. Beckmann macht deutlich: „Die von der Politik provozierte Kluft zwischen Theorie und Praxis von Bildungspolitik ist ein Lehrstück für Demotivation.“

Mehr als nachdenklich mache, dass bei der offenen Abfrage der größten Probleme an Schule zudem 15 Prozent der befragten Lehrkräfte „Eltern der Schüler“ nennen. „Dies führen wir vor allem auf eine fatale Entwicklung zurück: Politik formuliert hohe Anforderungen an die Schulen, lässt sie aber bei der notwendigen Ausstattung im Regen stehen. So stellt sich Frust bei Schülerinnen und Schülern sowie Eltern ein, der sich in erhöhter Gewaltbereitschaft gegenüber Lehrkräften niederschlägt“, so Beckmann. In einer andere VBE-Umfrage zu „Gewalt gegen Lehrkräfte“ Ende 2016 war ein Ergebnis, dass 53 Prozent der befragten Lehrkräfte bereits psychische Gewalt durch Eltern erlebt haben.

Ein weiteres Ergebnis der Umfrage sei, dass es Probleme mit dem Lernwillen und der Disziplin der Schülerinnen und Schüler (16 Prozent) und Verhaltensauffälligkeiten (9 Prozent) sowie dem Verhalten der Schülerinnen und Schüler allgemein (7 Prozent) gebe. Der VBE-Bundesvorsitzende kommentierte: „Die Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams, insbesondere mit Schulpsychologen, Sonderpädagogen und Sozialarbeitern kann dabei unterstützen, dieses Verhalten in positivere Bahnen zu lenken.“
(05/04/17)

BlmA-Reform: VBOB fordert Gründlichkeit vor Schnelligkeit

(dbb) Der Verband der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB) hat am 31. Januar 2017 bei der Reform der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) gefordert, den Grundsatz „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ zu beherzigen. Da die Reform viele Beschäftigte unmittelbar an ihrem Arbeitsplatz betreffe, müssten diese umfassend informiert sowie die Notwendigkeit und die Zielsetzung der Reform transparenter gemacht werden. Der VBOB erwarte mit dem Beginn der Umsetzungsphase ein wirksames Change Management.

Da sich durch die Umstrukturierung die Anzahl von Leitungsfunktionen mit Entscheidungs- und Personalführungskompetenz in signifikanter Weise reduziere, sei aus Sicht des VBOB die flächendeckend „amtsangemessene“ Verwendung der Beschäftigten gefährdet. Die künftige Struktur der Leitungsfunktionen müsse daher mit hoher Sozialverträglichkeit und mit der notwendigen Sorgfalt und Zeit gestaltet werden. Besondere Härtefälle sollten durch vorübergehende Doppelbesetzungen abgemildert werden.

Zudem sorgt sich der VBOB, dass infolge der Organisationsreform die Zuständigkeiten für eine einzelne Liegenschaft noch weiter gesplittet werden. Dadurch könne insbesondere im Einheitlichen Liegenschaftsmanagement die Fähigkeit der BlmA beeinträchtigt werden, gegenüber Nutzern und Kunden weiterhin erfolgreich ihrem Auftrag und Anspruch gerecht zu werden.
(06/04/17)

GDL fordert Konzentration auf Infrastruktur

(dbb) Nach dem Rücktritt von Rüdiger Grube als Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn (DB) hat der Vorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) Claus Weselsky am 31. Januar 2017 eine strategische Neuausrichtung des Unternehmens gefordert. Gerade der Bund als Eigentümer müsse „nicht Lippenbekenntnisse zur Zukunft des Eisenbahnsystems abgeben, sondern mit einer umfassenden Neuausrichtung der Infrastruktur dem Bahnvorstand auch klare Vorgaben machen“.

Aktuell prägen noch immer Langsamfahrstellen und Kapazitätsengpässe das Bild. Dadurch gingen die entscheidenden Vorteile der Eisenbahn – das Fahren bei Wind und Wetter, Zuverlässigkeit der Anschlussverbindungen und eine beispielgebende Pünktlichkeit – einfach verloren. Hinzu komme, dass die Bahn die Verspätungen nicht an der Wurzel bekämpfe

und nicht zuerst die Infrastruktur ertüchtige, keinen integralen Taktfahrplan einführe und alle Aktivitäten zuerst dem Renditestreben unterworfen würden. „Ein ‚Weiter so‘ darf es nicht geben, denn damit lässt sich weder ein Gemeinwohlauftrag erfüllen, noch das steigende Verkehrsaufkommen der Zukunft bewältigen. Alle bisherigen Aktivitäten haben Stück für

Stück nur zu Punktverlusten bei unseren Kunden und im Vergleich der Verkehrsträger zu einer abnehmenden Kernkompetenz der Schiene geführt“, so Weselsky, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist. Hinsichtlich der Infrastruktur warb Weselsky zudem für eine Trennung vom übrigen Geschäft. Zur Konsolidierung der Schiene müssten sämtliche Infrastrukturunternehmen in ei-

ner Gesellschaft zusammengeführt und zwingend von der Gewinnorientierung befreit werden. „So könnten die Subventionen zielführend für den Bestand und den dringend nötigen Ausbau eingesetzt werden. Nur auf diesem Wege werden die Eisenbahnverkehrsunternehmen einen wirklich diskriminierungsfreien Zugang zur gesamten Infrastruktur erhalten“, so Weselsky.
(07/04/17)

DSTG warnt vor Kollaps der Bewertungsstellen

(dbb) Beim einem Gespräch mit dem Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Johannes Geismann hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Thomas Eigenthaler, am 26. Januar 2017 vor einem Kollaps der Bewertungsstellen in den Finanzämtern gewarnt. Durch die Reform der Grundsteuer und die daraus resultierende notwendige Neubewertung von etwa 35 Millionen sogenannter wirtschaftlicher Einheiten (Grundstücke etc.) stünden die Behörden vor einer derzeit gewaltigen Aufgabe.

Eine „spitze Neubewertung“ bezeichnete Eigenthaler, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, aus heutiger Sicht als praktisch unmöglich und nur bei einer deutlichen Personalaufstockung als einigermaßen denkbar. Die zuständigen Stellen in den Finanzämtern arbeiteten seit zwei Jahrzehnten mit einer Mini-Besetzung und eine rasche EDV-Unterstützung sei derzeit reines Wunschdenken. Die DSTG habe auf das alternative „Faktor-Verfahren“ hingewiesen, das eine rasche und pauschale Werterhöhung vorsehe.

Neben den Bewertungsstellen thematisierte Eigenthaler auch erneut das „Kassengesetz“, das nachträglich Manipulationen von Buchungen etwa in der Gastronomie und im Einzelhandel unmöglich machen soll. Der DSTG-Chef kritisierte insbesondere, dass es weiterhin keine allgemeiner Registrierkassen- und

keine absolut wirkende Belegausgabepflicht gebe. Wolle man hier kein „strukturelles Vollzugsdefizit“ riskieren, müsse dringend nachgebessert werden.

Bezüglich der „Modernisierung des Besteuerungsverfahrens“ wies Eigenthaler außerdem darauf hin, dass im Hinblick auf die vollautomatische Fallbearbeitung noch erhebliche Vorarbeiten mit Blick auf ein einigermaßen funktionierendes Risikomanagementsystem erforderlich seien. Erforderlich sei ein verlässliches Bearbeitungssystem, das die Mitarbeiter unterstütze und sie nicht auf fahrlässige Weise ersetze. „Assistierende Funktion der EDV: uneingeschränktes Ja; Handeln nach dem Prinzip ‚Mensch raus – Maschine rein‘: klares Nein“, so die Botschaft des DSTG-Chefs.
(08/04/17)

Verkehrsgerichtstag betont Stellenwert der Polizeiarbeit für Verkehrssicherheit

(dbb) Der Verkehrsgerichtstag hat laut Deutscher Polizeigewerkschaft (DPoIG) die Bedeutung der Polizeiarbeit für die Sicherheit im Verkehr betont. Der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt, der am Verkehrsgerichtstag teilnahm, sagte am 27. Januar 2017: „Alle Experten haben den hohen Stellenwert der Verkehrssicherheitsarbeit als Kernaufgabe der Polizei hervorgehoben. Das ist nicht selbstverständlich, denn schaut man sich die drei Aufgabenbereiche der Polizei an – Einsatz, Kriminalitätsbekämpfung und Verkehr – so hinkt der Verkehrsbereich in einigen Bundesländern in der personellen und finanziellen Ausstattung hinterher.“

Um die Polizei bei Verkehrssicherheitsmaßnahmen zu entlasten, diskutierte der Verkehrsgerichtstag Grenzen und Möglichkeiten privater Dienstleister bei der Verkehrssicherheitsar-

beit. Dabei sei deutlich geworden, dass hoheitliches Handeln in den Händen von Polizei und Kommunen bleiben müsse. Dort, wo jedoch private Firmen Aufgaben der Polizei übernehmen könnten, solle das auch geschehen. Das

betreffe beispielsweise die Begleitung von Großraum- und Schwerlasttransporten. Wendt: „Das entlastet die Polizei und ermöglicht ihr,

andere wichtige Aufgaben im Verkehrsbereich wahrzunehmen.“
(09/04/17)

Namen und Nachrichten

(dbb) Am 26. Januar 2017 haben die **dbb**-Verhandlungskommission Bodenverkehrsdienste und der Arbeitgeber Fraport aktualisierte Tarifvertragsentwürfe diskutiert. Ein zentrales Ergebnis der Verhandlungen sei, so der dbb, dass die Rechte der Bestandsbeschäftigten vollständig gewahrt bleiben. Der TV Zukunft Fraport bleibe, wie ursprünglich vereinbart, bis zum 31. Dezember 2018 bestehen und werde vorher grundsätzlich nicht angetastet. Darüber hinaus wurde erneut über die sinnvollste Ausgestaltung der Mitarbeitervertretung im Zusammenhang mit der Bildung des gemeinsamen Betriebs von Fraport und FraGround (ehemals APS) gesprochen. Demnach soll es weiterhin getrennte Betriebsräte geben, um die spezifischen Interessen der Beschäftigten so gut wie möglich vertreten zu können.

Angesichts der guten Haushaltsentwicklung hat der dbb Hessen erneut die Landesregierung für ihre Besoldungspolitik angegriffen. „Mit den jetzt vorgelegten Zahlen des Finanzministers wird eindeutig bewiesen, dass die zweimalige Minusrunde, die die Landesregierung den Beamten verpasst hat, reine Ideologie war“, so **Heini Schmitt**, Vorsitzender des dbb Hessen am 1. Februar 2017. Die von der Landesregierung postulierte Aussage, dass die Beamten durch Lohnverzicht an der Konsolidierung des Landeshaushalts mitwirken müssten, sei durch diesen „Kassenbericht“ völlig ad absurdum geführt.
(10/04/17)

Termine zum Vormerken:

Verhandlungen zur Einkommensrunde 2017 für öffentlicher Dienst der Länder:

3. Runde: 16./17. Februar 2017, Potsdam

11. Forum Personalvertretungsrecht

Personalrat 4.0 – arbeiten und gestalten in Zeiten der Digitalisierung

3./4. April 2017, dbb forum berlin

13. Frauenpolitische Fachtagung 2017 der dbb bundesfrauenvertretung

„Frauen 4.0: Diskriminierungsfreies Fortkommen im öffentlichen Dienst – Jetzt umdenken!“

11. Mai 2017, dbb forum berlin